

Anstößig und ärgerlich

Zu: „Das Kovac-Beben“ und „Der richtige Schritt“, FR-Sport vom 4.11.

Ich lese die Frankfurter Rundschau gerne, insbesondere auch den Sportteil am Montag. Ich gönne Eintracht Frankfurt den deutlichen und hohen Sieg gegen Bayern München. Und ich kann verstehen, dass die Sportredaktion die Gelegenheit genutzt hat, auf vier Seiten die Freude über das historische Ergebnis gegen die Bayern auszukosten. Ich lese aber nicht gerne unangemessene Formulierungen. Hier einige Beispiele, die ich als anstößig und ärgerlich empfunden habe.

Ich kann mir nicht vorstellen, dass Niko Kovac (zuvor sehr erfolgreicher Trainer in Frankfurt, der die Eintracht zu bis dahin lange nicht gekanntem Erfolg geführt hat) „von einem zum anderen Mikrofon watschelte“ (Herr Böllhoff), sondern dass von einem zum anderen Mikrofon ging.

Ich glaube auch nicht, dass sich „kein einziger Münchner Spieler oder Präsident oder Vorstand oder Sportdirektor ans Flatterband zu den Journalisten wagte“ (Herr Böllhoff). Ich glaube eher, dass die Münchner Gespräche mit den Journalisten aus nachvollziehbaren Gründen gemieden haben. Ich glaube auch nicht, dass Niko Kovac „leidet wie ein Hund, dem sein Herrchen den Fressnapf verweigert“ (Herr Müller). Ich glaube, dass er einfach nur sichtbar leidet.

Ich kann mir vorstellen, dass Niko Kovac auf der Pressekonferenz stark gelitten hat, das „Jägerbild“, dass er wirkte wie ein „tiefgetroffener, fast waidwund wirkender Mann“ (Herr Durstewitz oder Herr Kilchenstein) liest sich allerdings gänzlich unangemessen.

Ich schätze den in diesen Beispielen erkennbaren Schreibstil nicht. Jürgen Heck, Rheinbach

Auf Kosten der Umwelt

Zu: „Der Trabi startet durch“, FR-Wissen vom 2. November

Vielen Dank für Joachim Willes ausgewogene Besprechung und Rehabilitierung des Trabi. Vielleicht hilft der Artikel auch, ein anderes Licht zu werfen auf die aktuelle Diskussion um den Unrechtsstaat.

Sicher war die DDR keine Demokratie, wie wir sie kennen. Aber nach Jahren in Algerien hat mich immer geärgert, dass die Bundesrepublik so viel stärker an der Ausbeutung afrikanischer Menschen und Rohstoffen beteiligt war als die DDR. Und da sprach man nie von Unrechtsstaat!?

Der hohe Lebensstandard im Westen war und ist nicht nur erkaufte auf Kosten des globalen Südens, sondern auch auf Kosten der Umwelt, wie uns immer mehr bewusst wird.

Gregor Böckermann, Neu-Isenburg



BRONSKI IST IHR MANN IN DER FR-REDAKTION

Schreiben Sie an:
Bronski
Frankfurter Rundschau
60266 Frankfurt am Main

Faxen Sie an:
069 / 2199-3666

Mailen Sie an:
Bronski@fr.de oder
Leserbrief@fr.de

Bitte geben Sie dabei immer Ihre vollständige Adresse an!

Mit der Einsendung erklären Sie sich einverstanden, dass Ihr Leserbrief auch online unter www.frblog.de veröffentlicht werden kann.

Diskutieren Sie mit!

Die Redaktion behält sich vor, Leserbriefe zur Veröffentlichung zu kürzen.

FR ERLEBEN

Bascha Mika spricht im Rahmen des Medienpolitischen Kongresses Baden Württemberg im BW-Talk und diskutiert anschließend auf dem Podium zum Thema „Veränderungen in der Medienwelt“.
Donnerstag, 7. November, 15.30 Uhr
Wagenhallen, Innerer Nordbahnhof 1, Stuttgart

Stephan Hebel präsentiert sein Buch „Merkel. Bilanz und Erbe einer Kanzlerschaft“.
Donnerstag, 14. November, 19 Uhr,
Volkshochschule, Freckenhorster Straße 43, Warendorf

Bernd Hontschik moderiert die Veranstaltung der Thurevon-Uexküll-Akademie „Freiheit als Unterwerfung – Die neoliberale Zerstörung der Sozialsysteme“ mit Prof. Rainer Mausfeld, Kiel.
Donnerstag, 14. November, 20 Uhr
Haus am Dom, Domplatz 3, Frankfurt

Andreas Schwarzkopf moderiert ein Gespräch über „Visiting the past: Von New York nach Fessenheim“. Der Film zeigt, wie Joan Salomon den Herkunftsort ihrer jüdischen Familie besucht. Darüber diskutieren nach der Filmvorführung die Produzentin Barbara Trottnow und Marc Grünbaum von der Jüdischen Gemeinde Frankfurt.
Montag, 18. November, 19 Uhr
Haus am Dom, Domstraße 3, Frankfurt.

Tobias Schwab moderiert die Diskussion „Genuss mit Nebenwirkungen – Wie kaufe ich fair ein?“ Mit Sara Nuru (nuruCoffee), Dirk Heim (Rewe), Franziska Humbert (Oxfam) und Maika Möllers (GIZ).
Mittwoch, 19. November, 18.30 Uhr
Museum für Kommunikation Schaumainkai 53, Frankfurt

Eines der wichtigsten Bedürfnisse

Frankfurt: „CDU will neuen Stadtteil kippen“ und „Verständigung tut not“, FR-Regional vom 30. Oktober und 2. November

Aversion gegen die Pläne ist nicht nachvollziehbar

Irgendwie passt das „Thema des Tages“ tatsächlich auch zu Allerseelen, denn es befasst sich mit dem wohl wichtigsten Bedürfnis der Menschen, nämlich letztlich das notwendige „Dach über dem Kopf“ und dessen Beschaffung. Für einen am Taunusrand geborenen und dort seit Geburt ununterbrochen Lebenden bleibt die weitgehend irrationale – leider von Kommunalpolitikern geschürte und unterstützte – Aversion gegen die langfristige Planung und Entwicklung eines neuen Stadtteils – oder besser: Wohngebietes – im Weichbild einer Großstadt rechts und links der A5 absolut unverständlich, oder in Politiker-Deutsch: nicht nachvollziehbar.

Die Menschheit wächst ständig und die Bürger haben – besonders in unserem hochzivilisierten Zeitalter – Anspruch auf eine menschenwürdige „Unterkunft“, für die der Staat, in dem sie leben, eigentlich zu sorgen hat. Bisher hat meines Wissens noch kein Gegner des in Betracht stehenden Vorhabens darlegen können, welcher unangemessene Schaden dadurch in dem in Betracht stehenden Gebiet entstehen könnte.

Helmut Seipp, Hofheim

Alle waren dagegen, nur die AfD nicht

Dass Claus-Jürgen Göpfert ein entschiedener Anhänger des von der Stadt Frankfurt geplanten Stadtteils an der A5 ist, ist den Lesern der FR nicht verborgen geblieben. Dass er mitunter alle Kritiker des Projekts in einen Sack steckt und verbal draufschlägt, ist nicht schön, aber sein gutes Recht. Mit dem Vorwurf an Herrn Banzer, dieser entgleite vollends in den Rechtspopulismus, geht Göpfert aber entschieden zu weit. Eine solche Anschuldigung ist nicht durch die Stellungnahmen von Herrn Banzer zu rechtfertigen und

trifft auch in keiner Weise auf die Positionen der Bürgerinitiative zu. Die Benutzung des Kampfbegriffs „Rechtspopulismus“ wirkt umso abwegiger, wenn man sich vor Augen führt, dass die Resolution der Oberurseler Stadtverordnetenversammlung gegen die Bebauung westlich der A5 von allen Parteien im Parlament (CDU, SPD, B90/Grüne, OBG, FDP, LINKE) unterstützt wurde und nur die AfD gegen diesen Beschluss war. Die vollkommen unangebrachte Wertung in Göpferts Kommentar dient mit Sicherheit auch nicht der in der Überschrift angemahnten Verständigung.

Dietrich Andernacht, Oberursel

Zurück zu einem rationalen Diskurs!

Auch wenn ich nun in Büsum an der Nordsee wohne, verfolge ich die Kommunalpolitik in Frankfurt mit großem Interesse. Der Artikel „Neuer Stadtteil „hat die dringende Notwendigkeit aufgezeigt, politisches Geschacher (u.a. Organisation von Sternmärschen gegen neue Wohnungen) zugunsten positiver Zeichensetzung bleiben zu lassen. Nicht nachvollziehbar ist die Erstellung eines städtebaulichen Entwurfs für ein neues Wohnquartier rund um das Main-Taunus-Zentrum durch den Direktor des Planungsverbandes hinter dem Rücken der Stadt Frankfurt. Man kann Claus-Jürgen Göpfert nur zustimmen, wenn er die Politiker auffordert, zu einem rationalen Diskurs über die Entwicklung der Region zurückzufinden.

Peter Neun, Westerdeichstrich

Kaum Zusammenarbeit von Stadt und Region

Dem Kommentar von Herr Göpfert ist insofern zu widersprechen, da die sogenannten „irrationalen“ Ängste ganz konkret waren; denn die Regionalstadt Möllers hätte den Verlust von Hunderten von Mandaten, Regie-

rungspräsident, Landrat, Bürgermeister, Kreistagsabgeordnete, Stadtverordnete, Bürokraten usw. bedeutet. Göpfert hat wohl auch nicht die Ausfälle damals von Oberbürgermeister Dynamit-Rudi Arndt gegen jede Form von Regionalplanung erlebt, der Umwandlungsplan wurde von ihm und seinen Nachfolgern einfach ignoriert. Das hörte erst auf, als der Regionale Flächennutzungsplan durch das Gesetz über die Metropolregion 2011 durch die Landesregierung eingeführt wurde.

Ganz besonders haben die damals mächtigen SPD Landräte gegen den Möller-Plan gearbeitet, auch die Landtagsabgeordnete fürchteten einen mächtigen Regionalstad-OB, der den Ministerpräsidenten Konkurrenz machen könnte. Ist es nicht bezeichnend, dass bei den vom Magistrat der Stadt Frankfurt angeregten Regionalkonferenzen die OBs der hessischen Großstädte nicht vertreten sind, sondern nur Mainz und Aschaffenburg?

Von allen Planungsregionen der BRD ist die Region Rhein-Main diejenige, die den geringsten Grad von Zusammenarbeit zeigt, wie Studien zeigen. Ein Zusammenschluss der Stadt und der Region, wie sie in der Region Hannover 2001 möglich wurde, ist im Umland der Stadt Frankfurt undenkbar, und das ist auch dem traditionellen Verhalten und ihrer Stadtentwicklungspolitik der „Freien Reichsstadt Frankfurt“ gegenüber dem Umland geschuldet. Indem hier ungeregelt weitere Arbeitsplätze in Hochhäusern geschaffen werden, aber keine Wohnungen dazu, so dass das Umland mit den daraus entstehenden Problemen belastet wird, die Wasserversorgung der Stadt Frankfurt zum Beispiel auf Kosten des Umlands, das Pendlerproblem etc.pp.

Im klassischen Rom wird dieses Problem bereits im Coriolan beschrieben.

Konrad Mohrmann, Frankfurt

Diskussion: frblog.de/stadtteil-2

Die Macht des Herrn der Stadtkasse

„Israelbezogener Antisemitismus“: Erwiderung auf „Methoden des Obrigkeitsstaates“, Leserforum vom 28. Oktober

Es steht schlecht um die Meinungsfreiheit. Das bewiesen auch die Versuche von Bürgermeister Uwe Becker und der Kulturdezernentin, die Veranstaltung im Titania zu verbieten, weil allein die mögliche Thematisierung der BDS-Bewegung ja Grund genug für ein Verbot sei. Und das alles zur Zeit der Buchmesse, die doch gegen Zensur und für Meinungsfreiheit steht. Eine paradoxe Kombination, die für sich spricht. Dass dort „israelbezogener Antisemitismus“ Platz gefunden habe und Israel „delegitimiert und dämonisiert“ wurde, das konnte der Fraktionsvorsitzende der Linken, Martin Klihm, der Rundschau mitteilen. Eine wahrhaft politisch zukunftsweisende Allianz tut sich damit auf: Linke und CDU; das einigende Band: der Kampf

gegen den Antisemitismus, spricht: die BDS-Bewegung. Die spielte aber nur eine Nebenrolle. Dass ein Gerichtsbeschluss die Verbotsversuche des Bürgermeisters abschmettete, kann zu denken geben. Artikel 5 der Grundgesetzes, um den es ja in dieser informativen Veranstaltung ging, also die zu schützende Meinungsfreiheit, mag beim Gerichtsbeschluss keine unwesentliche Rolle gespielt haben.

Auf die juristische Niederlage folgte die nächste Attacke des Düpierten: Die Macht des Herrn der Kassen der Stadt möge sich nun doch als stärker erweisen. Im Fadenkreuz: der Club Voltaire, der Hort der linken, kritischen Bewegungen und Reflexionen in dieser Stadt seit gut sechs Jahrzehnten, der Club, der illiberalen Demokraten schon

immer ein Dorn im Auge war. Was war da nicht alles an linken Umtrieben. Und dem will der Herr der Kassen endgültig den finanziellen Boden unter den Füßen wegziehen und die städtischen Zuschüsse streichen.

Wenn dieser Versuch Beckers die Zustimmung des Magistrats fände, wäre ein essentieller Abschied genommen vom oft zitierten Selbstverständnis der liberalen Stadt der Paulskirche. Dann sollte man konsequenterweise auch die Buchmesse andernorts stattfinden lassen. Stattdessen sollten Magistrat und Stadtparlament endlich die Beschlüsse kassieren, die solche Attacken auf die Meinungsfreiheit erst möglich machen.

Herbert Kramm-Abendroth, Frankfurt

Diskussion: frblog.de/voltaire